

Neue Attacke gegen Merkel aus der CDU

Berlin. Auch mit ihrem jüngsten Machtwort hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die parteiinternen Kritiker nicht zur Ruhe gebracht. Der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarman (CDU), fachte die Diskussion um Merckels Führungsstil am Wochenende neu an. Schlarman warf der CDU-Chefin vor, interne Debatten zu unterdrücken und die CDU inhaltlich auszuluten. ddp

SPD und Grüne gegen AKW-Laufzeiten

Berlin. SPD und Grüne wollen vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, wenn die Regierungskoalition die Akw-Laufzeiten am Bundesrat vorbei verlängert. Es sei ein „unverantwortlicher Deal, alte und störfällige Atommeiler wie Biblis A weiterlaufen zu lassen, nur um im Gegenzug von der Atomwirtschaft Geld durch eine Brennelementesteuer zu bekommen“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel am Wochenende. afp

Rentenerhöhungen in Aussicht gestellt

Berlin. Die Rentner können wieder auf steigende Bezüge hoffen. „Ich rechne nicht damit, dass es in den nächsten Jahren nur Nullrunden gibt“, sagte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische. Zwar bremsen ausgefallene Rentenkürzungen den Anstieg. Es sei aber wahrscheinlich, dass „die Löhne wieder steigen, das wirkt sich positiv auf die Renten aus“. Endgültige Daten lägen im Frühjahr vor. Trotz des geschätzten Defizits von zwei Milliarden Euro in 2010 entwickelten sich die Zahlen der Rentenversicherung positiv, sagte Rische. ddp

schlaglichter
2010

12. Juli

Namenstag: Felix, Siegbert, Henriette, Fortunat

Historische Daten

2006: Zwischen der islamistischen Organisation Hisbollah und Israel entbrennt der Libanonkrieg. Israel greift Ziele im ganzen Libanon aus der Luft an, die Hisbollah beschießt Israel mit Raketen.

1990: Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPDSU) tritt der Parlamentspräsident Boris Jelzin aus der Partei aus. Als Grund für den Schritt gibt er an, sich auf ein überparteiliches Amt konzentrieren zu wollen.

1946: In den USA wird der Eniac vorgestellt - der erste elektrische Rechner der Welt, der mit Elektronenröhren funktioniert. Der „Electronic Numerical Integrator and Computer“ rechnet rund 2000 Mal so schnell wie ein bis dahin üblicher Rechner elektromechanischer Bauweise.

Geburtstage

1957: Götz Alsmann, deutscher Musiker und TV-Entertainer („Zimmer frei“, „3nach9“).

1937: Lionel Jospin, französischer Politiker (Sozialistische Partei PS, Premierminister 1997 bis 2002).

Todestag

1874: Fritz Reuter, deutscher Schriftsteller („Ut mine Stromtid“), geboren 1810.

WR-Blickpunkt MINDERHEITSREGIERUNG IN NRW

SPD und Grüne lassen sich auf Parteitag Bildung einer Minderheitsregierung absegnen – Kraft fordert Geschlossenheit

Erstes Frauen-Doppel kann starten

Christoph Meinerz

Köln/Neuss. Rot und Grün, verbunden durch einen Reißverschluss mit NRW-Logo: Einheitliche Plakate säumen den Weg zu den getrennten Parteitag von SPD und Grünen. Es gilt, den Vertrag zur Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung in NRW von der Basis genehmigen zu lassen. Symbole für eine harmonische Zusammenarbeit sind wichtig. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft sendet eine Videobotschaft an die Grünen in Neuss, Grünen-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann grüßt „die lieben Kollegen“ von der SPD in Köln.

Mehr Bildungsgerechtigkeit, Vorrang für den Klimaschutz, gerechtere Arbeitsbedingungen, Finanzhilfen für die Städte – die beiden Partner haben sich viel vorgenommen. Neue Schulden in Milliardenhöhe sind nötig, um die Pläne zu verwirklichen.

Nicht im Streit zerlegt

„Wir werden mittelfristig Ausgaben senken können, wenn wir jetzt an den richtigen Stellen investieren“, hofft Hannelore Kraft. „CDU und FDP entlasten Hoteliers und Besserverdienende, wir Familien und Kommunen“, sagt die SPD-Politikerin. Auch Löhrmann setzt darauf, dass sich neue Schulden „langfristig sowohl gesellschaftlich als auch finanziell auszahlen“. Rot-Grün habe ein großes Ziel: „Wir wollen gemeinsam mehr möglich machen.“

Während Grünen-Politikerin Löhrmann ihre Rede im Wesentlichen auf den 88 Seiten starken Koalitionsvertrag zur Ablösung der schwarz-gelben Landesregierung beschränkt, nutzt Kraft den Parteitag auch als Gelegenheit, eine Bilanz der Ereignisse seit der Landtagswahl vom 9. Mai zu ziehen. „Das ist zwei Mona-



Freude bei den Chefs: Auf Landesparteitag stimmten SPD und Grüne für eine Minderheitsregierung in NRW.

Foto: Clemens Bilan/ddp

te her, mir kommt es manchmal wie Jahre vor.“

Sie erzählt von der Flut von E-Mails, die sie erreichte. Flammende Appelle für eine Koalition mit der Linkspartei. Dringende Warnungen „niemals mit den Linken“. Klare Voten gegen ein Bündnis mit der FDP. Warnungen vor einer Großen Koalition. Insgesamt ein Spiegelbild der inneren Zerrissenheit ihrer Partei. Und doch hat die NRW-SPD sich nicht im Streit zerlegt.

Gefühlte Mehrheit

„Die wichtigste Grundlage ist die Geschlossenheit“, ruft Kraft den rund 460 Genossen im Saal zu. Hoch emotional wird es, als die SPD-Chefin die Wahlkampfphase Revue passieren lässt. „Dafür danke ich euch wirklich von Herzen: Ich hab mich von euch getragen gefühlt“, sagt Kraft und lenkt sich sofort mit einem Griff zum Wasserglas ab, damit ihr in diesem sichtlichen Moment

tiefer Rührung nicht noch eine Träne über die Wange fließt.

Fast rührend auch, wie sehr sich andere Redner anschließend um Unterstützung für Krafts Kurs bemühen. Der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach rät, nicht mehr von einer Minderheitsregie-

rung zu sprechen. „In den Herzen der Menschen ist das die Mehrheitsregierung“, impft der Gesundheitsexperte seinen NRW-Genossen ein.

Einstimmig und mit viel Applaus stimmt die NRW-SPD nach zwei Stunden dem Koalitionsvertrag zu.

Heute wollen Kraft und Löhrmann das Papier unterzeichnen. In einem Museum in Düsseldorf. Wenn am Mittwoch bei der Ministerpräsidentenwahl alles nach Plan läuft, schreiben die beiden Geschichte: Als erstes Frauen-Doppel, das NRW regiert.

Partei wählt ehemaligen Grünen Hubertus Zdebel zum NRW-Chef

Linke wählt Kraft per Enthaltung

Gregor Boldt

Leverkusen. Der Weg für SPD-Landeschefin Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin ist frei. Doch allzu frei sollte sich die rot-grüne Minderheitsregierung bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags nicht fühlen – sonst kommt Druck von links. Das sind die Signale, die der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Linkspartei am Wochenende von Leverkusen

aus an die künftige Landesregierung ausgesendet hat.

Mit der Empfehlung der Delegierten an ihre elf Landtagsabgeordneten, sich bei der Wahl am Mittwoch ihrer Stimmen zu enthalten, kann sich Hannelore Kraft im zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit zur Ministerpräsidentin wählen lassen.

„Das ist kein Blankoscheck, den wir rot-grün ausstellen, sondern wir werden jedes Vorhaben der Koalition genau

prüfen, insbesondere wie sie Koalition mit unseren Anträgen umgeht“, sagte der neue Landespartei-Chef Hubertus Zdebel der WR.

Der ehemalige Grüne ist Nachfolger von Wolfgang Zimmermann, der sich wegen seiner Arbeit als Fraktionsvorsitzender im Landtag nicht mehr zur Wahl stellte, und teilt sich die Funktion mit Katharina Schwabedissen, die mit 70 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde.

Bosnien gedenkt des Massenmordes von Srebrenica – vor 15 Jahren starben 8000 Menschen

Erinnerungen an das Massaker

Petra Kappe

Srebrenica. Der Marsch der Mütter von Srebrenica hält die Erinnerung wach an den größten Völkermord in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die bosnischen Frauen, die sich gestern, wie an jedem 11. Juli, auf den Weg von Srebrenica zum Friedhof nach Potocari machten, begruben dort ihre Väter und Söhne, Brüder und Ehemänner.

Erst 15 Jahre nach dem Massaker von Srebrenica haben sie letzte Gewissheit über deren Tod erhalten. Die Internationale Kommission für vermisste Personen (ICMP) hat im vergangenen Jahr mehr als 700 Tote neu identifiziert. Moderne DNA-Analysen geben den in Massengräbern verscharrten Opfern ihre Namen zurück.

Srebrenica ist zum Inbegriff der Gräueltaten des Bosnienkrieges geworden. In der Schutzzone der Vereinten Nationen glaubten die Menschen sich sicher vor den Angriffen der bosnisch-serbischen Armee unter der Führung von Radovan Karadzic und Ratko Mladic. Doch das niederländische Blauhelmcorps, bei dem Zehntausende Zuflucht suchten, überließ die Verzweifelten ihrem Schicksal.

Weniger als 4000 der wohl 8000 Opfer sind bis heute auf



Eine Bosnierin weint am Grab eines ihrer zwei ermordeten Söhne.

Foto: Dimitar Dilkoff/afp

dem Friedhof in Potocari bestattet. Die Frauen von Srebrenica haben jahrelang mit den Behörden der Republica Srpska, des serbischen Teilstaats in Bosnien-Herzegowina, um diesen Friedhof gekämpft. Sie wollten ihrer Toten dort gedenken, wo sie sie damals verloren.

Kalter-Kriegs-Denken

Während die Mütter von Srebrenica die Erinnerung an das Inferno wachhalten, geraten andere Orte des Schreckens aus dem Blickfeld. Ahmici, Stupni Do und Dretelj sind Beispiele, die Ulrich Schiller in dem Buch „Deutschland und ‚seine‘ Kroaten“ nennt. Der Autor, der jeder „einseitigen Schuldzuweisung für die Balkantragedie den Boden entziehen“ will, rückt die kroatischen

Kriegsgräueltaten in den Fokus und drängt auf Aufarbeitung. Kroatien, das sich anschießt, Mitglied der Europäischen Union zu werden, müsse sich kritisch mit Franjo Tudjman befassen, dem ersten Präsidenten des selbstständigen Kroatien, den sie „Vater der Nation“ nennen.

Schiller zeichnet die Traditionslinien nach, in denen Tudjman stand; der Autor erinnert an die faschistische Ustaša, der Hitler und Mussolini die Macht über Kroatien gaben; er belegt die lange vor dem Bosnienkrieg zwischen Tudjman und dem serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic abgemachte Aufteilung von Bosnien-Herzegowina und kommt unweigerlich auf die Verantwortung der deutschen Bundesregierung zu sprechen: Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher ließen „den kroatischen Präsi-

denten gewähren“, schreibt Schiller, und unterstützten ihn gar, „obwohl sie seine Bosnienpläne kannten“.

Eine Erklärung dafür sieht der Autor in schlichter Überforderung. Die damalige Bundesregierung sei der Aufgabe einfach „nicht gewachsen“ gewesen. Als weiteren Ansatz führt er das Verhaftetsein im Kalter-Kriegs-Denken an, wonach das katholische Kroatien als Westen galt, das byzantinisch, spätkommunistische Serbien als Osten – „strategisch klare Fronten“.

Schiller schreibt gegen das Schwarz-Weiß-Denken an, gegen das Vergessen, Verdrängen, Verklären. Seine Mahnung gilt einer Vielzahl von Adressaten zwischen Zagreb und Washington, Bonn und dem Vatikan. Ein wichtiges Buch – 15 Jahre nach Srebrenica.

NAMEN

Fidel Castro, Kubas früherer Staatschef, ist offiziellen Angaben zufolge erstmals seit seiner Erkrankung vor vier Jahren wieder in der Öffentlichkeit erschienen. Castro habe ein Forschungszentrum in Havanna besucht, meldete die



Foto: Reuters

Regierung am Wochenende. Auf Fotos ist der 83-Jährige lächelnd im Gespräch mit Mitarbeitern des Instituts zu sehen. Castro wirkte gesund und trug eine Trainingsjacke wie auf beinahe allen Fotos, die seit Juli 2006 von Castro veröffentlicht wurden. tr

Karl Lauterbach, SPD-Gesundheitspolitiker, will Homöopathie aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen streichen. „Man sollte den Kassen schlicht verbieten, die



Foto: ddp

Homöopathie zu bezahlen“, sagte Lauterbach dem „Spiegel“. Der SPD-Obmann im Gesundheitsausschuss des Bundestags kritisierte, dass mehr als die Hälfte aller Krankenkassen die Leistungen von Homöopathen erstatten. afp

Schröder fordert Debatte über Gentest

Berlin. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hat eine öffentliche Debatte über die Präimplantationsdiagnostik (PID; Gentest bei Embryonen) gefordert.

„Wir brauchen über diese hoch sensiblen Fragen eine breite gesellschaftliche Diskussion, in der auch Widersprüche offen angesprochen werden“, sagte sie der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. So sei es ein Widerspruch, einem Paar die Präimplantationsdiagnostik zu verbieten, Spätabtreibungen aber unter bestimmten Umständen zuzulassen. Sie distanzierte sich damit von Unionspolitikern, die sich grundsätzlich gegen die PID ausgesprochen und wie Markus Söder (CSU) ein Verbot gefordert hatten. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) will Gynäkologen eine Anwendung der PID ab sofort erlauben. epd

Keine Einigkeit bei Gesundheit

Berlin. Der Gesundheitskommissar mit höheren Beiträgen für Versicherte sorgt für Streit. Dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) geht der Kompromiss nicht weit genug. „Das war noch nicht der große Wurf“, sagte er in einem Interview. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) lehnte es ab, steigende Kosten nur über Zusatzbeiträge zu finanzieren. Auch die Deutsche Rentenversicherung wehrt sich. Sie werde zum „Ersatz-Finanzamt“ gemacht, so Präsident Herbert Rische. ddp

Streit über Häftlinge aus Guantanamo entflammt

Berlin. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat große Vorbehalte gegen die Aufnahme von zwei Insassen des US-Gefangenenlagers Guantanamo in Deutschland. „Beide Häftlinge haben bei einer Terror-Ausbildung in Afghanistan nicht Tölpeln, sondern Töten gelernt“, mahnte Gewerkschaftschef Rainer Wendt. Nur Hellscher könnten vorhersagen, ob von den beiden künftig keine Gefahr ausgehe. Die Grünen bezeichneten die Äußerungen als „beschämend“. Auch der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch (SPD), dessen Land einen ehemaligen Häftling aufnehmen wird, verteidigte den Schritt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bekanntgegeben, dass Deutschland zwei Guantanamo-Häftlinge aufnehmen wird.

Sie sollen sich in Deutschland nicht frei bewegen können. „Sie erhalten einen Aufenthaltsstatus mit einer räumlichen Begrenzung“, sagte der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) dem „Focus“. Zudem würden die beiden Männer „zu ihrem eigenen Schutz von der Öffentlichkeit und den Medien abgeschirmt“. ddp/afp